

Rückantwort

Der Bürgermeister als Straßenverkehrsbehörde
Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt

Antrag zur Inanspruchnahme von öffentlichem Verkehrsgrund und verkehrsregelnder Maßnahmen

gemäß § 45 Abs. 6 und § 46 Abs. 1 der
Straßenverkehrsordnung (StVO)

- Für Gewerbe -

Antragsteller:

Firma : _____ Straße / Nr.: _____
Name : _____ Telefon/ Fax : _____
Vorname : _____ E-Mail : _____
PLZ / Ort : _____ Mobil-Telefon : _____

Ort der Maßnahme	64331 Weiterstadt _____
Ist eine Fahrbahnmarkierung vorhanden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Straßenbezeichnung	<input type="checkbox"/> Landesstraße <input type="checkbox"/> Kreisstraße <input type="checkbox"/> Gemeindestraße <input type="checkbox"/> Gehweg <input type="checkbox"/> Radweg
Für folgende Maßnahme wird die Erlaubnis zur Sondernutzung an öffentlichem Verkehrsgrund beantragt:	<input type="checkbox"/> Lagerung von Baumaterial <input type="checkbox"/> Gehwegaufgrabung mit teilweiser Einbeziehung der Fahrbahn <input type="checkbox"/> Aufstellen eines Containers <input type="checkbox"/> Aufgrabung von öffentlichem Verkehrsgrund <input type="checkbox"/> Aufstellung eines Bauzaunes <input type="checkbox"/> Verkehrsbeschränkung (Halteverbot u.ä.) <input type="checkbox"/> Aufstellung eines Bauwagens <input type="checkbox"/> Sonstiges, bitte erläutern <input type="checkbox"/> Aufstellung von Maschinen (z.B. Kran, Betonmischer) <input type="checkbox"/> Entfernen der Markierung
Umfang der Sperrung	<input type="checkbox"/> Sperrung des Radweges <input type="checkbox"/> Teilweise Sperrung der Straße (Fahrbahnrand / Parkfläche) <input type="checkbox"/> Gesamtspernung der Straße <input type="checkbox"/> Gesamtspernung des Gehweges <input type="checkbox"/> Halbseitige Sperrung der Straße <input type="checkbox"/> Teilweise Sperrung des Gehweges
Zweck, Grund der Aufstellung	_____
Dauer der Maßnahme	von _____ bis _____ spätestens bis _____

Firma
Arbeitsstelle

Der Anliegerverkehr bis zur Sperrung ist	<input type="checkbox"/> möglich <input type="checkbox"/> nicht möglich
Die Umleitung erfolgt über	_____
Für die Arbeitsstelle verantwortliche Person	Name _____ Anschrift _____ Telefon während der Arbeitszeit _____ Telefon nach der Arbeitszeit _____
Die Kennzeichnung, Verkehrsführung und Verkehrsregelung soll erfolgen nach	<input type="checkbox"/> RSA-Regelplan (-plänen) Nr.: _____ <input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan, wird dem Antrag beigelegt* * Muss die Behörde einen Verkehrszeichenplan erstellen, entstehen zusätzliche Verwaltungsgebühren

Der Antragsteller versichert:

Die Arbeitsstelle wird unter Beachtung der Vorschriften des § 43, der VwV zu § 43 StVO und der „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen“ -RSA eingerichtet und abgesichert. Die Absperrung und Kennzeichnung wird regelmäßig überprüft, nach Beendigung der Maßnahme abgebaut und der ursprüngliche, verkehrsrechtliche Zustand wieder hergestellt, soweit nichts anderes bestimmt wird. Der Antragsteller stellt die anordnende Behörde von allen Ansprüchen frei, die auf die gestattete Benutzung des Verkehrsraumes zurückzuführen sind. Für alle Personen- und Sachschäden, die infolge der Absperrung und Kennzeichnung entstehen, haftet der Antragsteller im vollen Umfang. Es ist bekannt, dass die Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen der Genehmigung der zuständigen Behörde voraussetzt. Ferner kann die zuständige Behörde bei festgestellten Verstößen gegen die Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen ein Bußgeldverfahren einleiten, bzw. die Arbeiten an der Arbeitsstelle bis auf weiteres einstellen und / oder im Zuge der Ersatzvornahme, zu Lasten des Antragstellers, eine Fremdfirma mit der ordnungsgemäßen Absicherung der Arbeitsstelle beauftragen.

Hinweis zum Datenschutz

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei der Verarbeitung durch die Stadt Weiterstadt nach Artikel 13 und 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) befinden sich auf der Internetseite der Stadt Weiterstadt im Bereich Verwaltung & Service - Bürgerservice - Formulare. Auf Wunsch betroffener Personen übersenden wir diese Informationen auch in Papierform.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller

Dieser Antrag muss 10 Tage vor dem voraussichtlichen Beginn der Maßnahme bei der Straßenverkehrsbehörde eingereicht werden.